Landtag von Baden-Württemberg **Drucksache 18 / 960**

18. Wahlperiode Eingang: 17.11.2026

Antrag

der Abg. Sascha Binder und Dr. Boris Weirauch u. a. SPD

Umsetzung des Staatsvertrags und Situation der Sinti und Roma in Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche Überlegungen sie für die Einrichtung einer eigenen Melde- und Informationsstelle Antiziganismus in Baden-Württemberg hat, wie es sie in anderen Bundesländern bereits gibt;

2. welche Gespräche hierzu von wem mit wem geführt wurden, unter Darstellung der Gesprächsergebnisse;

3. wie sie die Forderung nach einer eigenen Ansprechperson für Antiziganismus der Landesregierung beurteilt und welche Gespräche hierzu mit welchem Ergebnis bereits geführt wurden;

4. ob die Mittel aus dem Staatsvertrag ausreichen, um die dort vereinbarten Aufgaben zu erfüllen, und wie Aufgaben finanziert werden, die über den Staatsvertrag hinausgehen;

5. wie sie ihre Verpflichtungen aus der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen gegenüber dem Romanes erfüllt;

6. ob sie nach dem Vorbild Hessens prüft, für Romanes Verpflichtungen nach Teil III der Charta zu übernehmen, die die Haltung der Minderheit zur Weitergabe der Sprache respektieren;

7. ob sie den Aufbau einer Romanes-Akademie mit Sprachzentrum unterstützen würde;

8. welche konkreten Pläne sie für eine nachhaltige und langfristige Anschlussfinanzierung der Projekte ReFIT plus und INTURO hat, die zugewanderte und aus der Ukraine geflüchtete Roma unterstütze, unter Darstellung wie sie dabei auch die Situation der in der Ukraine lebenden oder dorthin zurückkehrenden Roma im Blick hat;

9. welche Rolle Antiziganismus, die Geschichte der Verfolgung der Sinti und Roma einschließlich der Rolle der Polizei sowie diskriminierungsfreies polizeiliches Handeln in der Aus- und Fortbildung von Polizistinnen und Polizisten spielen.

17.11.2026

Binder, Dr. Weirauch, Fink, Wulff, Stoch SPD

B e g r ü n d u n g

Baden-Württemberg hat 2013 als erstes Land einen Staatsvertrag mit der nationalen Minderheit der deutschen Sinti und Roma geschlossen. Er verpflichtet das Land, die Minderheit zu schützen, ihre Kultur und Sprache zu fördern und Antiziganismus entgegenzuwirken. Vertragspartner ist der Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg. Der Antrag soll zu Beginn der Legislaturperiode klären, wie die Landesregierung diesen Auftrag umsetzt.